

Dresdener Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.
Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Kompartimentsbreite 30 Pf., die 30 mm breite Kompartimentsbreite 1,50 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Reiseanzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Beilagslieferung 10 Pf.

Nr. 127 Dresden, Donnerstag den 4. Juni 1925 36. Jahrg.

Bernunft statt Gewalt

Amerikas Friedenspolitik — Appell an die geistigen, sittlichen Kräfte der Menschheit

Annapolis (Vereinigte Staaten), 3. Juni. (Durch Ausbruch) Bei der Abschlussfeier der Marineakademie hielt Präsident Coolidge eine Rede, in der er betonte, Amerika verfolge das Ziel, eine Politik des Friedens zu betreiben, die sich auf Vernunft und nicht auf Gewalt gründe. Obwohl er glaube, daß der Friede den Sieg davontragen werde, könne er doch die Gedächtnisse der Menschheit zu gut, um die Behauptung zu wagen, es werde niemals wieder Krieg geben. Da Amerika die Stärke seines hehrten Seeres und der Flotte auf einem Minimum halten wolle, müsse jeder Bürger den militärischen Angelegenheiten Amerikas fernbleiben. Die Marine müsse ihre irdischen Aufgaben als Nützlichkeit, Rechtfertigung und Gerechtigkeit sein lassen und daß der Appell an die Vernunft doch schließlich den Sieg davontragen müsse. Er sei zwar davon überzeugt, daß die militärischen Vorbereitungen in gewissem Umfange notwendig seien, er glaube jedoch nicht, daß die Marine erfolgreich wirken könne, wenn sie nur den Standpunkt der nackten Gewalt vertritt. Die Marine müsse vielmehr sich einen höheren Standpunkt zu eigen machen und ein Instrument der Menschlichkeit werden. Am den Frieden zu fördern, müsse Amerika die geistigen und sittlichen Kräfte der Menschheit in Bewegung setzen.

Bedeutung ist freilich mehr moralischer als politischer Art, da sich Amerika hohe und schöne Friedensworte leisten kann, ohne daß es sich irgendwie zum eigenen Nachteile binden braucht. Ueberdies hindern die schönen Bekenntnisse nicht das unaufhörliche Rüsten Amerikas. Es ist zwar kein europäischer Militarismus, der Amerika durchzieht, aber Militarismus ist es immerhin. Vom Charakter der Gewalt kommt er nicht los. Und wenn er erst eine gewisse Stärke erreicht hat, drängt er auch zu Machtpolitik, die ohne Gewalt nicht abgeht. Immerhin muß anerkannt werden, daß der Pazifismus in seinem Lande mit kapitalistischer Entwicklung so tief wurzelt wie in Amerika. Daß diese moralischen Kräfte auch die Politik entsprechend beeinflussen und sich gegenüber dem entsetzlichen Militarismus Europas durchsetzen möchten, das wäre der Wunsch der Völker, dessen Erfüllung freilich während der kapitalistisch-imperialistischen Epoche nicht zu erwarten ist. Wirkliche und gesicherte Weltfriedenspolitik wird erst auf der Grundlage demokratisch und sozial durchorganisierter Staaten und Völker erblühen, wie sie die internationale Sozialdemokratie erstrebt.

men ist und damit für Deutschland der Sicherheitspakt als freiwilliges Uebereinkommen unmöglich gemacht sei.

Ablehnung des Konferenzvorschlages

W.A. London, 3. Juni. Bezüglich der von verschiedenen Mächten verbreiteten Gerüchte, daß zwecks Beratung des Sicherheitspaktes eine Konferenz einberufen werden solle, ist Reuter zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Gerüchte nicht aufzutreffen. Nebenfalls sei der augenblickliche Stand der Verhandlungen derart, daß man nicht sagen könne, der Augenblick sei für eine Konferenz geeignet.

England garantiert nur die Westgrenze

Reuter erklärt weiter, daß die Besprechungen mit Frankreich noch nicht abgeschlossen seien und sich auch nur auf allgemeine Prinzipien bezögen. Die Rolle an Deutschland werde lehnisch die Form einer französischen Antwort haben. Aber die Welt werde wissen, daß sie von der britischen Regierung gesehen und genehmigt worden ist, ebenso wie von der belgischen und der italienischen Regierung.

Die offizielle englische Erklärung schließt: Die britische Regierung ist nur gebunden an das, was Chamberlain im Unterhaus erklärt hat, nämlich daß England den Garantiepakt bezüglich der Westgrenzen billigt, wobei es mitwirken wolle, und daß Englands Verpflichtungen sich darauf beschränken, diese Grenze zu garantieren, denn dies sei gewissermaßen ein englisches Interesse im Hinblick darauf, daß spätere Kriege vermieden werden sollen.

Entsprechend diesen Anschauungen begründen die Vereinigten Staaten ihr Vertrauen auf die Fähigkeiten der Nationen Streitigkeiten durch Verhandlungen beizulegen und durch Schiedsprüche von geschlichteten Gerichten zu regeln. In dieser Auffassung wollen wir verharren, zu entwaffnen und gegenseitige Uebereinkommen zu treffen, um der Ausdehnung der militärischen Vorbereitungen Grenzen zu setzen.

Innerhalb benutzten wir diese Friedensbekenntnisse des Staatshauptes der gewalttätigen demokratischen Weltrepublik, um mit ihnen für die Idee des Friedens und der Verständigungspolitik zu wirken und besonders das Eindringen der militärischen und militaristischen Phantasieformen Europas an diesen Bekenntnissen zu beleuchten. Der märchenhafte Aufschwung Amerikas beweist schlagend, wie die Völker sich entwickeln können, wenn sie frei sind oder nur beschränktem Militarismus erdulden brauchen — und die Verflüchtigung Europas illustriert, wie glorieus Militarismus und Krieg — die Kultur hindern und vernichten. Alle Kräfte des schaffenden Volkes müssen daran arbeiten, dem Frieden den Sieg zu erringen.

Ein lehrreiches Beispiel

H. F. Wie absurd die Zollpolitik ist, die gegenüber in Deutschland unter dem Einfluß des agrarischen und industriellen Großkapitals betrieben wird, kann man am besten an Einzelbeispielen demonstrieren. Wir greifen eins aus einer sehr wichtigen, der deutschen Autofabrikation, heraus.

Diese Industrie genießt seit der Kriegszeit her einen absoluten Schutz gegen jede ausländische Konkurrenz durch das noch jetzt bestehende Einfuhrverbot. Obwohl nunmehr nach Lage der Sache nicht nur jede Voraussetzung dazu fehlt, sondern die Aufhebung dieses Verbotes geradezu ein wirtschaftliches Bedürfnis ist. Die Preise der in Deutschland hergestellten Kraftfahrzeuge sind verhältnismäßig mit gleichwertigen Produkten des Auslandes, ungeschweizlich hoch. Die Nachfrage ist viel größer, als die Leistungsfähigkeit der deutschen Autofabrikanten. Der deutsche Automobilherstellerverband macht mit Nachdruck auf diesen Mangel aufmerksam. Die Besteller müssen sehr lange warten, ehe ihre Aufträge erledigt werden. Die deutschen Kraftfahrzeugbetriebe sind im Vergleich mit anderen Ländern höchst rückständig. Auch eine Folge der Vernichtung der Konkurrenz! Darauf wird mit großem Nachdruck sogar von öffentlichen Körperschaften hingewiesen. So sagt die Kölner Industrie- und Handelskammer in einem offenen Briefe an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrermittlung:

„Die deutsche Automobilindustrie ist gegenüber dem ausländischen Wettbewerb in mancher Beziehung zurückgefallen und vermag nicht die Ansprüche der Wirtschaft in richtiger und ausreichender Weise zu erfüllen. Industrie und Handel unseres Reiches sind überaus ungünstig durch die Meinung, daß die deutsche Automobilindustrie gerade des Druckes der ausländischen Konkurrenz bedarft, um diejenige Leistungsfähigkeit zu erlangen und zu erhalten, die im deutschen Interesse liegt.“

Das Einfuhrverbot bleibt trotzdem bestehen! Erst wenn die neuen Zölle eingeführt sind, soll es fallen. Aber die unerhörte Protektion der Autofabrikanten soll auch dann noch bis auf weiteres bestehen bleiben. Denn die Zölle auf die Einfuhre will man auf das Zwölftel, bis Zwanzigfache der Zölle der Vorkriegszeit in die Höhe schieben! Das kommt in der Wirkung einer absoluten Absperzung der Zufuhr aus dem Auslande sehr nahe, die Wirkung wird so ziemlich dieselbe sein. Erst nach und nach sollen diese Prohibitivzölle abgebaut werden. Angemessen deshalb, damit die deutsche Autoindustrie Zeit gewinne, sich auf die Konkurrenzverhältnisse umzustellen und hinaufzurbeiten, obwohl dazu jahrelang reichlich Gelegenheit vorhanden ist. Dieser Fall aber zeigt ganz augenfällig, wie derartige Industrie- und Handelsverhältnisse den Fortschritt gegenüber macht.

Dazu kommt noch folgendes. Als Einfuhrland für diesen Fall kommt hauptsächlich Nordamerika in Frage. Andererseits exportiert die deutsche Automobilindustrie etwa 25 Prozent ihres Umsatzes dorthin. Wenn Deutschland eine rigorose Zollstrafe gegen die amerikanischen Autoeinfuhr errichtet, ist natürlich mit entsprechenden gleicher Art zu rechnen. Das ist keine gleichgültige Sache. Denn die größte deutsche Ländapparatsfabrik beschäftigt allein sieben Arbeiter, wie die drei größten deutschen Automobilfabriken zusammen. Eine interessante Beleuchtung erörtert der Vorgang auch noch durch einige statistische Angaben über die Einfuhrleistung von Kraftfahrzeugen in einigen der wichtigsten Länder. Es entfielen auf jeden in Betrieb befindlichen Kraftwagen Einwohner: 1924 in Deutschland 192, 1923 in Frankreich 90 und in Großbritannien 70, 1924 in den Vereinigten Staaten 6. Die Anzahl der Kraftwagen betrug: Deutschland 192.000, Frankreich 445.000, Großbritannien 688.000, Amerika 17.880.000.

In diesem Zusammenhang ist auch an einen bemerkenswerten Vorgang zu erinnern, der sich erst kürzlich abspielte und der besonders in den Fraktionen und den Ausschüssen des Reichstages lebhaft besprochen und umstritten wurde. Ein großer Betrieb der Deutschen Werke (die auf Friedensproduktion umgestellten früheren Reichs-Waffen- und Munitionsfabriken) betreibt als Spezialität die Herstellung von Kraftfahrzeugen. Auf der Autausstellung im Frühjahr dieses Jahres in Berlin hatte dieser Betrieb Erzeugnisse ausgestellt, die an Qualität und Preiswertigkeit Anerkennung aller Audienten fanden. Die Deutschen Werke hatten daraufhin große Aufträge in Aussicht. Sie drängten jedoch Betriebskapital, um die Sache machen und in Ruf bringen zu können. Die Kontinuität stand außer Zweifel. Hier erwuchs also der rückständigen deutschen Privatindustrie eine starke und gesunde Konkurrenz. Das

Französische Wendungen

Irreführung in der Friedenspaktfrage — Wertungsspiel gegen England

P. Paris, 3. Juni. (Eig. Draht.) Über den Stand der englisch-französischen Verhandlungen werden von der französischen Presse seit einigen Tagen Wendungen verbreitet, die in ihrem Widerspruche zu den darüber aus London vorliegenden Informationen stehen und deren Optimismus, obwohl er von den Pariser zuständigen Stellen dirigiert zu sein scheint, nicht in diesem politischen Kreise auf ausgeprochene Tonus steht. Es werden darin der englischen Regierung in der Frage des Garantiepaktes Konzeptionen an den französischen Standpunkt untergeschoben, für die nicht nur keine Veranlassung vorliegt, sondern in den Darstellungen der englischen Presse ein kategorisches Dementi finden. Das gilt insbesondere von der französischen Behauptung, wonach die englische Regierung die französische These anerkannt habe, daß der Garantievertrag unter seinen Umständen für Frankreich ein Hindernis für die Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen und der Tschecho-Slowakei bilde. Diese Behauptung ist in Wirklichkeit das Gegenteil der Tatsache, daß während jeder Verletzung der zu entmilitarisierenden Zone des Rheinlandes durch Deutschland nach dem Wortlaut des Vertrages selbst ein Kriegsfall (Verriegelung) derart eintreten würde, England Frankreich das Recht verweigern würde, im Falle einer Bedrohung seiner eigenen Verbündeten seine Truppen auch gegen die Zustimmung des Reiches in die neutrale Zone einzurücken zu lassen. Diese Darstellung, die auch vom Quai d'Orsay gegeben worden ist, ist unumkehrbar, als in den Berichten der Londoner Presse aufs nachdrücklichste betont wird, daß England in dieser Frage seinen bisher bekannten abweichenden Standpunkt in keiner Weise aufgegeben habe und daß gerade dieser Punkt trotz der konzilianten Form, in der die jüngste französische Note gehalten war, keine nennenswerte Abänderung erfahren hat.

man versucht auch, die englische Regierung für den Fall eines Konfliktes im Osten in vorwärts zugunsten Frankreichs und seiner Verbündeten festzulegen.

Die französische Politik scheint dabei wie folgt zu kalkulieren: Entweder es handelt sich um einen Konflikt zwischen Deutschland und Polen und dann würde Frankreich in Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen gezwungen sein, Polen durch einen Einmarsch in deutsches Gebiet zu Hilfe zu eilen, oder aber es würde sich um einen Angriff Russlands handeln, und dann würde Frankreich versuchen, sich auch gegen den Willen Deutschlands den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu erzwingen. In beiden Fällen würde nach der von Deutschland vorgeschlagenen Form des Garantiepaktes England verpflichtet sein, zugunsten Deutschlands zu intervenieren und diese Verpflichtung ist es, die Frankreich unter allen Umständen verhindern will, indem es der englischen Regierung das Zugeständnis ihres Desinteresses für die beiden Eventualitätsfälle abzurufen versucht. Da man in London sehr zu wissen scheint, daß Konzeptionen dieser Art den praktischen Wert des Garantievertrages für Deutschland auf ein Minimum reduzieren würden, wird es zum mindesten als zweifelhaft angesehen werden dürfen, daß man in London in diesem Punkte nachgeben wird.

England will fest bleiben?

S. London, 3. Juni. (Eig. Draht.) Das Foreign Office (Auswärtiges Amt) scheint nach wie vor entschlossen zu sein, trotz der alarmierenden Pariser Kommentare zum Londoner Memorandum dessen Text nicht preiszugeben. Es ist jedoch auffallend, daß offenbar aus offiziellen Quellen am Mittwoch die diplomatischen Korrespondenten verschiedener Blätter erklären, daß das Londoner Memorandum keinerlei neue Konzeptionen in der Frage enthalte und man in der in Paris so sensationell ausgelegten Stelle des Memorandums lediglich gemeint habe, daß Frankreichs Verpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten im Rahmen einer Völkerbundentscheidung unangefastet bleibe. Man nimmt in hiesigen politischen Kreisen an, daß man sich in dem Londoner Memorandum abschließend deshalb so vieldringend ausgesprochen hat, um im gegenwärtigen Vorstadium jede Diskussion über die außerhalb des Paktes selbst liegenden Fragen zu vermeiden, ein allgemeines Einverständnis mit Paris herzustellen und alles weitere auf der hierbei einberufenen Konferenz zu beraten. Aus dieser im Interesse einer Rettung des Paktes eingenommenen Haltung ergibt sich die vage Formulierung des Memorandums. Es soll jedoch nicht übersehen werden, daß das Pariser Echo und die Sanktionierung des Außenamts in der englischen Öffentlichkeit Befürchtungen erweckt haben, daß Chamberlain den französischen Wünschen zu weit entgegengekom-

Der im Widerspruch zu der wirklichen Lage der Dinge der französischen Regierung neuerdings zur Schau getragener Optimismus in der Beurteilung der diplomatischen Verhandlungen dürfte unter diesen Umständen keinen Grund vor sich haben, daß man sich zu überlegen beginnt, daß die Besicherung des Erfolges der nunmehr seit vier Jahren schwebenden Verhandlungen ernstlich zu gefährden scheint und daß der Optimismus der englischen Regierung der Widerstand gegen eine verträgliche Verständigung stärker zu werden droht. Es ist nicht ohne Interesse, daß in den zahlreichen verpaßten Gelegenheiten die französische Seite die letzte Möglichkeit einer Lösung der europäischen Sicherheitsfrage zu vernichten, scheint den Quai d'Orsay zu einer Abänderung seiner These bewegen zu wollen. Allerdings läßt es sich dabei nur um eine Abänderung der Formulierung handeln. Das französische Verhalten läßt selbst nicht erkennen, umbedingt aufrecht erhalten zu werden, wenn man die Forderung nach Einbeziehung der Verbündeten in den Garantiepakt folgen lassen würde, die aber nicht von der französischen Regierung in der Weise der französischen Behauptung einer härteren Modifikation der deutschen Bedingungen für immer einen Nihilus vorzuziehen, sondern

SLUB Wir führen Wissen. DFG gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft